

Protokoll Nr. 13 (2019-2023)

der öffentlichen Sitzung des Beirates Vahr am 19.01.2021 – als Videokonferenz

Beginn: 19:30 Uhr

Ende: 21:05 Uhr

Anwesend waren:

- | | | |
|----------------|--|--|
| a) vom Beirat | Herman Assmann
Eva Früh
Dr. Tim Haga
Margret Kößling-Schumann
Ulrich Maas
Jörg Schoolmann
Nikolai Simson | Jens Emigholz
Heinrich Gerkmann
Petra Hoya
Kathrin Lammel
Oliver Saake
Bernd Siegel
Helmut Weigelt |
| b) vom Ortsamt | Dr. Karin Mathes
Thomas Berger | |
| c) Gäste | Dr. Jan Viebrock-Heinken, Stefanie Huntemann (Senatorin für Klimaschutz, Umwelt, Mobilität, Stadtentwicklung und Wohnungsbau (SKUMS))
Friedhelm Behrens, Matthias Müller, Klaus Roocke (swb AG/wesernetz Bremen GmbH) | |

Die Tagesordnung wird wie vorgelegt genehmigt.

Das Protokoll der Beiratssitzung Nr. 12 am 15.12.2020 (Videokonferenz) wird ebenfalls genehmigt.

TOP 1: Anträge von Bürger*innen, Wünsche, Anregungen und Mitteilungen in Stadtteilangelegenheiten

Mitteilungen aus der Bevölkerung

Frau von Hagen aus der Neuen Vahr Nord erkundigt sich, ob seitens der Gewoba AG daran gedacht sei, vorhandene und regelmäßig genutzte Trampelpfade in offizielle Wegeverbindungen umzuwandeln?

Frau Kurzhöfer (Gewoba) erwidert, dass durchaus die Absicht bestehe, soweit sich die Wegeverbindungen als sinnvoll erwiesen.

Dieselbe Anwohnerin erkundigt sich danach, ob zurückgelassene Autoteile nach einem Unfall an der Karl-Kautsky-Straße beseitigt würden?

Lars Freymark stellt sich zunächst als Leiter des Polizeireviers für Horn-Lehe, Borgfeld und Oberneuland vor. Er leite augenblicklich auch die Kontaktbeamten in der Vahr und in Schwachhausen, nachdem der Leiter des Polizeikommissariats Ost I zum 01.12.2020 in den Ruhestand getreten sei. Er rechne zu Februar oder März 2021 mit einer Nachbesetzung der vakanten Position. Zu den hinterlassenen Autoteilen sichert er zu, dass diese beseitigt würden.

Herr Siegel regt an, auch die bei dem Unfall in Mitleidenschaft gezogenen Büsche zu ersetzen.

Mitteilungen aus dem Beirat

Herr Maas erkundigt sich, wie die Polizei das Geschehen in der Vahr von Silvester auf Neujahr wahrgenommen habe?

Herr Freymark erwidert, dass es bremenweit 300 Einsätze in dieser Nacht gegeben habe, zur Vahr könne er augenblicklich aber keine konkreten Angaben machen.

Herr Diehl (Vahrreport) berichtet, dass um Mitternacht in der Vahr eine „herrliche Ruhe“ geherrscht habe.

Mitteilungen aus dem Ortsamt

Frau Dr. Mathes teilt mit, dass die Buslinie 29 von Kattenturm in die Neue Vahr Nord auf Grund einer Kanalbaumaßnahme in der Stauffenbergstraße/ Hinter dem Rennplatz vom 18.01. bis zum 28.03.2021 über die Straßenverbindung Ludwig-Roselius-Allee/ In der Vahr/ Vahrer Straße/ Kurt-Schumacher-Allee umgeleitet werde.¹

TOP 2: Stellungnahme im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens für die Fernwärmeverbindungsleitung vom Müllheizkraftwerk an der Uni zum Heizwerk Vahr

Frau Dr. Mathes hält eingangs fest, dass heute der Beirat die Möglichkeit habe, im Rahmen des Planfeststellungsverfahrens zur Fernwärmeverbindungsleitung eine Stellungnahme abzugeben. Privatpersonen könnten weiterhin bis 03.02.2021 Einwendungen geltend machen.

Anschließend stellt Frau Huntemann an Hand einer Präsentation das behördliche Verwaltungsverfahren zur Planfeststellung vor. Bei der Vorprüfung des Vorhabens habe sich ergeben, dass damit erhebliche negative Auswirkungen auf die Umwelt verbunden wären, so dass eine Umweltverträglichkeitsprüfung durchzuführen sei, die wiederum eine Planfeststellung erfordere.² Ebenso erläutert Frau Huntemann die bislang stattgefundenen Termine und die zukünftigen Termine nach dem Ende der Einwendungsfrist am 03.02.2021.

Auf Nachfragen aus dem Gremium antworten je nach Zuständigkeit Herr Viebrock-Heinken, Herr Behrens und Herr Roocke wie folgt:

- Sowohl das Fundament der Fußgängerbrücke auf Höhe der Brandenburger Straße als auch die Böschung an der Kurfürstenallee auf der Höhe des Hematenfleets seien von der geplanten Maßnahme nicht betroffen;
- alle von Trägern öffentlicher Belange abgegebenen Stellungnahmen und alle privat vorgebrachten Einwendungen würden gesichtet und bearbeitet sowie auf dem Erörterungstermin besprochen. Dadurch solle sich ein Gesamtbild ergeben. Zu diesem Termin würden alle Betroffenen, die Einwendungen erhoben hätten, eingeladen. Zu jeder Stellungnahme bzw. Einwendung müsse eine begründete Stellung nehmen;
- Baumnachpflanzungen erfolgten mit Gewährleistung. Sollte also eine Nachpflanzung absterben, müsste eine weitere erfolgen. Bei der Nachpflanzung sei die Pflege inbegriffen.

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass dem Beirat der Entwurf zu einer Stellungnahme vorliege.³

Herr Saake verliest den Entwurf. Er sei zuvor mit Herrn Siegel und Herrn Dr. Haga abgestimmt worden.

Herr Emigholz bittet darum, Absatz 2 wie folgt zu fassen:

„Eine klimaschonendere Bereitstellung von Wärme für Bremer Haushalte und die Industrie unter Ausnutzung der Vorteile von Großtechnologie sowie die damit einhergehende Stilllegung des Steinkohlekraftwerkes Hastedt (Block 15) sind aktiver und wirtschaftlich vernünftiger Klimaschutz, was die Notwendigkeit dieser Maßnahme unterstreicht.“

Herr Siegel erhebt hierzu keine Einwände. Jedoch sollte der Antrag nochmals darauf hinweisen, dass in der Vahr zu wenige Baumfällungen kompensiert würden. Die bisher geprüften und abgelehnten Standorte für Ersatzpflanzungen im Stadtteil sollten nochmals geprüft werden. Ebenso sollte geprüft werden, ob an vorgeschlagenen Pflanzstandorten mehrere Bäume nachgepflanzt werden könnten. Herr Maas unterstützt diesen Vorschlag.

Frau Dr. Mathes weist darauf hin, dass bei mehreren Standorten für Ersatzpflanzungen mehrere Bäume vorgesehen seien. Alle bislang für die Vahr vorgeschlagenen und geprüften Standorte für Nachpflanzungen seien auf der [Homepage](#) des Ortsamtes dokumentiert, sie erkenne in der Prüfung keine Mängel. Sollten Standorte nochmals geprüft werden, so schlage sie vor, diese im Rahmen einer privaten Einwendung konkret zu benennen und zu begründen, warum die getroffene Beurteilung durch das Umweltressort und den Umweltbetrieb Bremen (UBB) nicht akzeptiert werde.

¹ Der Linienvverlauf während der Sperrung der Stauffenbergstraße ist als **Anlage 1** diesem Protokoll angefügt.

² Die Präsentation ist als **Anlage 2** diesem Protokoll angefügt.

³ Der gemeinsame Antrag ist als **Anlage 3** diesem Protokoll angefügt.

Herr Viebrock-Heinken macht hierzu deutlich, dass schon geprüfte und abgelehnte Strandorte dann nochmals geprüft würden, wenn sie in der Stellungnahme des Beirats benannt würden.

Herr Behrens bestätigt dies und macht deutlich, dass swb anstrebe, möglichst nah an den gefälltten Bäumen Ersatz zu schaffen. Allerdings lägen erste private Einwendungen vor, die sich gegen Nachpflanzungen vor der eigenen Haustür wenden.

Auf die Frage von Frau Hoya nach dem Umweltfonds erläutert Herr Behrens, dass swb davon ausgehe, dass bei den unmittelbar durch das Vorhaben Betroffenen die Schäden den nachfolgenden Nutzen überwiegen könnten. Deshalb habe swb für die drei betroffenen Stadtteile Horn-Lehe, Schwachhausen und Vahr einen zusätzlichen Umweltfonds ins Spiel gebracht, der einen Ausgleich über das gesetzlich geforderte Maß hinaus schaffen könne. Swb werde voraussichtlich zwei Mio. Euro für gesetzlich vorgeschriebene Ausgleichsmaßnahmen aufwenden. Sollten sich in den Stadtteilen weitere Bedarfe ergeben, könnten diese aus dem Umweltfonds bedient werden. Die genannte Summe in Höhe von € 200.000 je Stadtteil höre er heute jedoch erstmals.

Herr Saake macht deutlich, dass die zusätzlichen Bedarfe im Stadtteil durchaus gegeben seien und deshalb die genannte Summe von € 200.000 realistisch sei. Bei zusätzlichen Standorten für Baumnachpflanzungen sollte zuvor geklärt werden, ob tatsächlich ein Interesse daran bestehe, bisherige Freiflächen umzuwidmen. Außerdem sei die im Antrag geforderte zusätzliche, flach wurzelnde Bepflanzung auch von Bedeutung.

Auf Nachfrage von Herrn Siegel erwidert Frau Kurzhöfer, dass eventuell die Möglichkeit bestehe, einzelne Ersatzpflanzungen auf dem Gelände der Gewoba vorzunehmen. Mehr als fünf Standorte sehe sie jedoch nicht.

Herr Viebrock-Heinken macht deutlich, dass mit Blick auf das Naturschutzrecht der Ausgleich eingriffsnah erfolgen müsse. Aber auch der angestrebte großflächige Ausgleich im Stadtteil Gröpelingen sei als eingriffsnah anzusehen. Zu Pflanzungen auf dem Gelände der Gewoba gebe er zu bedenken, dass diese über eine eingetragene Dienstbarkeit im Rahmen der Planfeststellung abgesichert werden müssten.

Herr Emigholz zieht nach der Diskussion seinen Ergänzungsvorschlag zurück.

Frau Dr. Mathes lässt über den vorliegenden Antragsentwurf abstimmen: Er wird einstimmig angenommen.

TOP 3: Verschiedenes

Es liegt nichts vor.

Sprecher

Vorsitzende

Protokoll

Siegel

Dr. Mathes

Berger